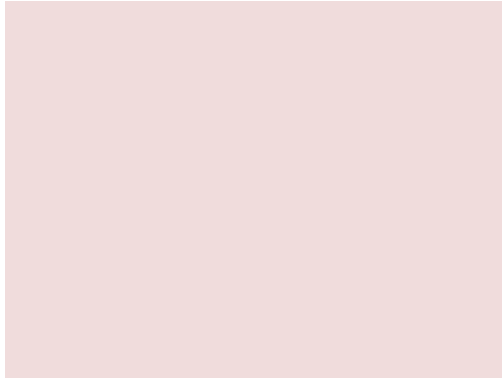


## Umfrage: Hausbesitzer unzufrieden mit Umsetzung der Energiewende (11.03.2019)

**Deutschlands Eigenheimbesitzer unterstützen mehrheitlich die Energiewende. Der politisch gewählte Weg zur praktischen Umsetzung wird gleichzeitig aber von der überwiegenden Mehrheit der Immobilienbesitzer negativ bewertet.**



Das ist das Ergebnis einer im Februar von Kantar Emnid im Auftrag des Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) durchgeführten repräsentativen Umfrage unter 1 000 Immobilienbesitzern. Während 65 Prozent die von der Politik beschlossene Energiewende grundsätzlich befürworten, stufen 68 Prozent der Immobilienbesitzer die politische Umsetzung als eher nicht gut bis gar nicht gut ein. Nur knapp jeder Dritte zeigt sich damit zufrieden.

„Die Ergebnisse unserer Umfrage bestärken uns in der Kritik, dass die Politik im Rahmen der Energiewende insgesamt zu zögerlich agiert und zu geringe Impulse für den Wärmemarkt setzt“, urteilt Helmut Bramann, Hauptgeschäftsführer des ZVSHK. Schließlich werde gut ein Drittel der in Deutschland

verbrauchten Endenergie für Heizung und Warmwasserbereitung aufgewandt.

Einen Trend zu einer Wärmewende lassen die Umfrageergebnisse nicht erkennen. Zwar geben etwas mehr als ein Viertel der befragten Immobilienbesitzer (27%) an, in den nächsten fünf Jahren das Bad oder die Heizung renovieren zu wollen, doch ein starker Trend zur Heizungsmodernisierung lässt sich daraus nicht ablesen. Für die Heizung entscheiden sich nur 16%, für das Bad 15%. „In Anbetracht des nach wie vor großen Anteils an technisch veralteten Heizungen im Markt ist diese Quote sehr gering“, sagt Helmut Bramann.

Werden die Immobilienbesitzer nach den beiden wichtigsten Beweggründen für eine Heizungsmodernisierung gefragt, dann stehen Kosteneinsparungen mit 49% an erster Stelle, gefolgt von CO<sub>2</sub>-Reduktion und Umweltschutz (45%), Einbindung erneuerbarer Energien (42%) und Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern (29%). Das Ziel einer Verbesserung des Bedienkomforts durch digitale Steuerung wird dagegen von nur 9% genannt.

Befragt man nur die Immobilienbesitzer, die eine Heizungsmodernisierung mittelfristig (nächste 5 Jahre) in Betracht ziehen (16%) nach den beiden wichtigsten Gründen, dann nimmt die Wichtigkeit nachfolgender Aspekte spürbar zu. Das Ziel Kosteneinsparungen steigt auf 58%, die Einbindung erneuerbarer Energien gelangt auf Platz 2 (48%), gefolgt von CO<sub>2</sub>-Reduktion und Umweltschutz (39%), sowie Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern (35%). Die Verbesserung des Bedienkomforts durch digitale Steuerung erreicht 10% Zuspruch.

„Die Beweggründe der Hausbesitzer für eine Heizungsmodernisierung decken sich ganz offenkundig mit den politischen Zielsetzungen der Energiewende. Nur sind Anspruch und Wirklichkeit einfach noch zu weit voneinander entfernt. Der Klimaschutz im Wärmemarkt braucht wirkungsvolle Impulse, wie etwa die im Koalitionsvertrag vorgesehene steuerliche Abschreibung auf energetische Sanierungsmaßnahmen“, betont Hermann Bramann.

Als bundesweite Interessenvertretung des deutschen Sanitär- und Heizungsbauerhandwerks fordert der ZVSHK deshalb von der Politik ein Umdenken bei der Steuerung der Energiewende. „Die bisherigen staatlichen Fördermittel als Modernisierungsanreize im Wärmemarkt, bringen nicht die notwendigen Anreize, sie werden von den Verbrauchern nicht wirklich signifikant genutzt. Alles in allem lässt sich bisher kein Befreiungsschlag für eine Wärmewende erkennen“, betont Hauptgeschäftsführer Bramann.

Zudem überdeckt aus Sicht des ZVSHK eine viel zu einseitig geführte politische Diskussion rund um die Stromproblematik die Wahrnehmung anderer wichtiger Felder für die Steigerung von Klimaschutz und Energieeffizienz. So ergab die Kantar Emnid Umfrage, dass bei Hausbesitzern vor allem der Strom den Blick auf die Energiewende beherrscht. Die Hälfte der Befragten (50%) denkt beim Wort Energiewende zunächst an Elektrizität. Jeweils nur ein Viertel gibt als Thema entweder Verkehr (25%) oder Wärme/Heizung (23%) an. „Für diese Sektoren existiert noch enormer Nachholbedarf in der öffentlichen Wahrnehmung ihrer Einsparpotenziale an Energie und CO<sub>2</sub>“, sagt Helmut Bramann.

Quelle: Pressemeldung ZVSHK, 7.3.2019